

Einleitung

Im Januar 2007 wandte sich die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) mit der Kampagne „NPD-Verbot jetzt!“ an die Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland. Die Bürgerinnen und Bürger waren aufgerufen, mit ihrer Unterschrift diesem Anliegen Gewicht zu verleihen. 100.000 Unterschriften sollten bis zum Herbst gesammelt werden. Rund 175.445 Unterschriften wurden geleistet.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, ein neues Verfahren zum Verbot der NPD in die Wege zu leiten.

Für ein Verbot haben sich Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Auffassung und Richtung ausgesprochen.

Seit über 40 Jahren verbreitet die NPD in der Bundesrepublik – in der Tradition der NSDAP – Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus, propagiert Gewalt, tritt ein für ein neues „Deutsches Reich“ und lehnt die demokratische Ordnung ab.

Ein Verbotungsverfahren gegen die NPD muss von der Aufklärung über Faschismus und die von ihm begangenen Verbrechen begleitet sein. Die Auseinandersetzung mit dem Programm und der Ideologie der NPD erweist sich als dringendes demokratisches Gebot.

Das nachfolgend dargelegte Material will dieses Erfordernis unterstützen.

1. Darbietung als „wahre Volksvertreterin“?

Die NPD passt sich den Gegebenheiten des hiesigen Parteiensystems an. Ja, sie gibt sich jetzt als Vertreterin von „Volksinteressen“ aus?

Sie erklärt jedenfalls kategorisch: „Die NPD ist die einzige Partei, die vorbehaltlos für die Lebensinteressen des deutschen Volkes eintritt.“

(¹)

Sie knüpft an den Unmut von Bürgerinnen und Bürgern über kommunale Probleme, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, mangelnde Freizeitangebote vor allem für die Jugend, Einwanderung und negative Alltagserscheinungen an, um sie zu instrumentalisieren. Sie nutzt demagogisch soziale Unsicherheit aus: die Angst um den Arbeitsplatz und um den Verlust des sozialen Status, die Angst vor der Deklassierung infolge Arbeitslosigkeit. Sie erklärt sich zur Partei der Ausgegrenzten, der Abgestürzten, der Opfer neoliberalen Sozialabbaus. Sie knüpft an

¹ npd.de – Hier sprechen wir!, NPD-Parteivorstand, S. 25

das Gefühl der Zurücksetzung an. (So zum Beispiel an die Tatsache, dass sich drei von vier Ostdeutschen als „Bürger zweiter Klasse“ fühlen.) Sie schlägt aus den Folgen der Deindustrialisierung Ostdeutschlands Kapital. Sie profitiert von der Polarisierung zwischen Arm und Reich, die die kapitalistische Gesellschaft unaufhörlich betreibt. Sie bedient Stimmungen, die im Ergebnis des Anschlusses der DDR an die BRD entstanden sind. Sie will „volksnah“ erscheinen. NPD-Chef Voigt meinte 1999, die Partei verstehe sich als „sozialrevolutionäre Erneuerungsbewegung“. ⁽²⁾

2005 wurde als taktische Grundorientierung formuliert: „Das soziale Thema ist die große Kampfstätte, wo wir uns in den neuen Bundesländern sehen.“ ⁽³⁾

Auf einen kurzen Nenner gebracht:

Die NPD instrumentalisiert das Soziale. Sie hat die sozialen Probleme als Einfallstor für ihre Strategie und Politik entdeckt. Der sächsische NPD-Funktionär Gansel „erläutert“ im Alt-Nazi-Jargon: „Die Nationalisierung der sozialen Frage“ werde dem Nationalismus viele Anhänger einbringen, „dass die morschen Knochen der Volks- und Vaterlandsabwickler noch gehörig zittern werden“. ⁽⁴⁾

Sehnsucht und Wunsch der Menschen nach sozialer Gerechtigkeit werden als Spielfeld missbraucht, um rechtsextremistische Ideologie und Politik an den Mann und die Frau zu bringen.

Die Funktionäre sind von der Führung aufgerufen „verstärkt Kommunalpolitik zu betreiben“. NPD-Funktionär Gansel gab dafür als Methode vor: „Geräuschlos, moderater Ton, ziviles Auftreten.“ Themen für Anfragen und Anträge in den Parlamenten sind, wie gesagt wird, „politisch unverdächtig“ aufzumachen. ⁽⁵⁾

Das gestärkte Hemd und der „ordentliche“ Haarschnitt gehören inzwischen für derartige Auftritte zur gewollten Selbstverständlichkeit..

Und so kommen Abgeordnete und Funktionäre, inzwischen entsprechend geschult, nicht in Springerstiefeln, sondern in Filzlatschen daher, um „Volkspartei“ zu mimen, die „Volksinteressen“ vertrete. Folglich erklärt man sich als Berater von Mietern, Rentnern und ALG-II-Empfängern, empört sich über soziale Belastungen der Bürger, klopft jungen Arbeitslosen auf die Schulter und verspricht Hilfe, veranstaltet Hof- und Kinderfeste, Jugendkonzerte, Fußballturniere und Jugend-

² Deutsche Stimme, 2/1999

³ zitiert in: Neues Deutschland, 27. September 2007

⁴ Internetseite der NPD, LV Sachsen, 30.11.2006

⁵ Berliner Zeitung, 28. Februar 2007

camps, bietet Hausaufgabenhilfe für Schüler an, erklärt Bereitschaft zur Mitarbeit in Bürger-, Feuerwehr- und Schützenvereinen, in Elternbeiräten von Schulen und Kitas, will den „deutschen Wald schützen,,. Man will dafür wirken, dass die Deutschen „schöner leben“ in der jeweiligen Stadt, kämpfe gegen den „Überwachungsstaat“, fordert „Freiheit für den Irak. Besatzer raus!“

Jetzt sei eine Partei da, posaunt man, „ die Klartext spricht“.

„Deutschland braucht uns“, tönt es aus poppigen Flugschriften, von Internet-Webseiten. Vor allem auch, um junge Menschen zu erreichen. Parteichef Voigt erläutert, worauf die NPD baut: „Man soll sich an uns gewöhnen.“⁽⁶⁾ Er will die „schweigende Mehrheit im Volk erreichen.“ Zu der dafür geübten Praxis bekennt er: „Für Deutschland fress’ ich Kreide.“⁽⁷⁾

2. Hat die NPD einen Wandel vollzogen ?

Die 1964 gegründete Partei war antikommunistisch, besitzbürgerlich und christlich-konservativ ausgerichtet. Seit der zweiten Hälfte der 70iger Jahre und besonders unter ihrem Vorsitzenden Voigt wurde eine deutliche Radikalisierung betrieben.⁽⁸⁾

Die NPD tritt heute als sozial-revolutionäre Kaderpartei auf. Sie spricht von einem „nationalen Sozialismus“. Sie gibt sich antikapitalistisch, ist betont antiamerikanisch und setzte an die Stelle des Christentums germanisch-heidnisches Brauchtum.

Unverändert blieb der Bezug zum Dritten Reich. Geblieben sind Rassismus, Antisemitismus, Antikommunismus und Nationalismus.

Grundlegend verändert hat sich die Taktik der Partei – sie praktiziert mit politisch und rhetorisch geschulten Kräften eine massive Demagogie vor allem auf sozialpolitischem Gebiet. Gewaltanwendung und terroristische Überfälle werden vor allem von den „Kameradschaften“ bzw. „Freien Kameradschaften“, die die NPD zunehmend zu integrieren versucht, inszeniert und verübt.

Das ideologische Weltbild der NPD, die gegenwärtig etwa 7.000 Mitglieder zählt, erweist sich, wie W. Bergmann feststellt, als nazistisches Kompendium: „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (Füh-

⁶ Vanity Fair, Nr. 7, 2007

⁷ Neues Deutschland, 5./6. März 2005

⁸ W. Bergmann, Antisemitismus im Rechtsextremismus, Aus Politik und Zeitgeschehen, 42/2005, S. 23

rerprinzip), Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus.“⁽⁹⁾

Die einzige „Volkspartei“ im heutigen Deutschland, die NPD, greift auf die „soziale Ausrichtung“, auf den „deutschen“ oder „nationalen Sozialismus“ der Strassers zurück.

(Gregor Strasser war SA-Gauleiter von Berlin, dann zeitweilig Org-Leiter der NSDAP und somit zweiter Mann nach Hitler, und schließlich Reichspropagandaleiter der Nazi-Partei) Die angestrebte „Versöhnung von Arbeit und Kapital versuchte er 1932 so schmackhaft zu machen: Die „antikapitalistische Sehnsucht ist nicht im geringsten eine Ablehnung des aus Arbeit und Sparsinn entstandenen sittlich berechtigten Eigentums.“⁽¹⁰⁾

In dieser Feststellung ist zweierlei bemerkenswert: Einmal die grundsätzliche Bejahung des „schaffenden“, also aus „Arbeit und Sparsinn“ „sittlich entstandenen“ nationalen kapitalistischen Eigentums und zum anderen der von ihm vertretene Antisemitismus. Die Nazi-Partei unterschied nämlich zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital. Letzteres war eben jüdisches Kapital.

Worauf zielte Strassers „Antikapitalismus“?

Die freien Gewerkschaften sollten von der SPD gelöst und mit pseudo-sozialistischem Wortgeklingel in die faschistische Bewegung eingegliedert werden. In einer Reichstagsrede am 10. Mai 1932 nannte Gregor Strasser als Ziel. „eine Front schaffender Menschen im Rahmen der nationalen Selbsthilfe“⁽¹¹⁾ aufzubauen. (Die spätere „Arbeitsfront“)

Strassers Bruder Otto bezeichnete den sogenannten nationalen Sozialismus als „die große Antithese des internationalen Kapitalismus, der die Idee des Sozialismus als der Gemeinschaft einer Nation zugunsten dieser Nation durchführt und jenes System der Herrschaft des Geldes über die Arbeit bricht, das die Entfaltung der völkischen Seele und die Bildung einer wahren Volksgemeinschaft zwangsläufig verhindert.“⁽¹²⁾ Der nationale Sozialismus – so die Strassers – sei eine großdeutsche Bewegung mit der Aufgabe, das „völkische Großdeutschland“ zu schaffen.

Schlagworte von damals, die bei der heutigen NPD Urständ feiern: „Gemeinschaft“, „nationale Selbsthilfe“, „Volksgemeinschaft“.

⁹ ebenda

¹⁰ zit. in: K. Gossweiler, Die Strasser-Legende, Ernst Thälmann Verlag, o. J., S. 6

¹¹ ebenda, S. 7

¹² ebenda, S. 12

Die Konzentration der Strasser-Leute auf die Arbeiterschaft mit Hilfe pseudosozialistischer, antikapitalistischer Losungen störte nach der Machtübernahme das Verhältnis zu den Kreisen der Schwerindustrie und des Finanzkapitals, die Hitler an die Macht gebracht hatten. Hitler ließ die SS u.a. mit Gregor Strasser und weiteren 200 SA-Funktionären kurzen Prozess machen: Sie wurden 1934 in einer „Nacht- und Nebelaktion“ erschossen. Otto Strasser konnte sich noch rechtzeitig nach Prag absetzen.

1979 beschlossen die Jungen Nationaldemokraten „20 Punkte zum Sozialismus“. Kernsatz aus dem Beschluss: „Sozialismus ist für uns Junge Nationaldemokraten das an die Volksgemeinschaft gebundene, ordnungspolitische, in Gesellschaftspolitik umzusetzende Modell des Nationalismus.“⁽¹³⁾ Der Parteitag der NPD im gleichen Jahr identifizierte sich weitgehend mit den Thesen. Der damalige NPD-Vorsitzende Mußgnug definierte: „Sozialismus ist nichts anderes als die gerechte Ordnung der Gemeinschaft.“⁽¹⁴⁾

Da heute eine Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes aus ihren Erfahrungen den Sozialismus für eine gute Sache bewertet, die nur besser gemacht werden müsse, hält es die NPD-Führung für opportun, entsprechend zu taktieren. Das heißt: Ihr Rechtsextremismus tritt in modifizierter Form entsprechend den konkreten politischen Bedingungen des heutigen Deutschland in Erscheinung. In der Wahl ihrer Methoden ist die NPD keineswegs pingelig: Werte, Symbole und Lieder der Arbeiterbewegung werden „abgekupfert“.

3. Angriff nach „Viersäulen-Konzept“

Die NPD verfährt – unabhängig von ihrer Phraseologie – nach einem „Viersäulen-Konzept“.

Es geht dabei in vier „Kampfabschnitten“ um:

- den Kampf um die Köpfe
- den Kampf um die Straße
- den Kampf um die Parlamente
- und den 2004 hinzugefügten Kampf um organisierten Willen.

Zum „Kampf um die Köpfe“:

Schon vor einem Jahrzehnt wurde in dem NPD-Organ „Deutsche Stimme“ darauf spekuliert, „durch eine geschickte Thematisierung der

¹³ zit. in: T. Staud, Moderne Nazis, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2006, S. 85

¹⁴ ebenda, S. 89

„sozialen Frage‘ in Verbindung mit der Ausländerproblematik eine nationalistische Politik besser als je zuvor in den Köpfen unseres Volkes zu verankern.“⁽¹⁵⁾ Es ginge, wie gesagt wurde, um „kulturelle Subversion“. Um die „schleichende Durchdringung des Alltagsbewusstseins mit völkischen und nationalistischen Ideen.“⁽¹⁶⁾ Der Einzug in zwei Landesparlamente sagt etwas über das Ergebnis aus.

Eine besondere Rolle zur Vereinnahmung junger Menschen spielt außer dem Geschichtsrevisionismus die Fascho-Musik. Da werden Musik CD's verbreitet, deren Texte Nationalismus, Rassismus sowie Volksverhetzung verbreiten und zum Pogrom aufputschen. In der Art, wie „Landser-Liedtext“ sie verbreitet.

Ein Beispiel:

„Irgendwer wollte den Niggern erzählen,
Sie hätten hier das frei Recht zu wählen.

Das Recht zu wählen haben sie auch:

Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch.“⁽¹⁷⁾

Nicht selten werden bekannte Volks-, auch Arbeiterlieder umgetextet, also missbraucht.

In hoher Auflage wurde eine Schülerzeitung unter dem Titel „Perplex – jung, frech, deutsch“ verteilt. Damit wird u.a. das Ziel verfolgt: Das imperialistische Deutschland von der Schuld an zwei Weltkriegen reinzuwaschen und Schulhöfe in „national befreite Zonen“ zu verwandeln, d.h. sie mit rechtsextremistischer Ideologie zu verseuchen.

Zum „Kampf um die Straße“:

Die ständigen provokatorischen Aufmärsche in Deutschlands Städten illustrieren auf makabre Weise diesen „Kampf“ und wohl auch die „Arbeitsteilung“ zwischen Filzlatschen- und Springerstiefel-Methode. 1991 wurde erstmals vom „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ die Forderung erhoben: „Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen!“⁽¹⁸⁾ Deutlicher erklang dann der Ruf: „Wir müssen Freiräume schaffen, in der WIR die Macht ausüben.“⁽¹⁹⁾ Ziel ist nicht zuletzt die Übernahme der Kontrolle von Wohnblocks, Stadtvierteln und Dörfern. Die Älteren erinnern sich noch an den Ruf der Faschisten: „Die

¹⁵ Deutsche Stimme, 7/1998

¹⁶ ebenda

¹⁷ zit. nach: Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Verfassungsschutzbericht 2006/2007

¹⁸ T. Staud, a.a.O., S. 51

¹⁹ ebenda S. 51/52

Straße frei – SA marschier!“ Heute wollen „Kameradschaften“ „national befreite Zonen“ schaffen!

Ein Resultat dieses Kampfes: 2005 gab es in Berlin 115 rechtsextremistische Gewalttaten, 2006 dagegen 155 und in ganz Deutschland 1047! Stimuliert wird Gewalt durch die unaufhörlich geschürte Ausländerfeindlichkeit. Bezeichnend: Nicht wenige der führenden NPD-Macher wurden in der Vergangenheit wegen Gewalttaten verurteilt.

Zum „Kampf um die Parlamente“:

Die NPD lehnt im Grunde Parlamentarismus ab. Die Führung orientiert „auf die Errichtung einer nichtparlamentarischen Republik“. ⁽²⁰⁾ Als Vorbild erweist sich Hitler, der im August 1927 in einer geheimen Broschüre für Industrielle darlegte: „Die nationalsozialistische Bewegung ist keine Parlamentarische Partei.“ ⁽²¹⁾ Er nannte das Parlament ein „Mittel zum Zweck“ und versprach „das Ende der parlamentarischen Demokratie...“

In seinem Geist operiert die NPD. Ihr Funktionär Pastörs erklärt: „Wir als NPD sind nicht bereit, die Bühne im Landtag zu Schwerin um eine weitere Laienspielgruppe zu vergrößern.“ ⁽²²⁾ Warum führt die NPD dennoch den „Kampf um die Parlamente“? Weil er sehr einkömmlich für sie ist.

Laut Landesminister und Verfassungsschutz setzen sich die Finanzmittel der NPD zu 64 Prozent aus Steuermitteln zusammen.

In Sachsen kassiert die NPD 1,3 Millionen Euro für Büro- und Personalkosten, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit. In Mecklenburg-Vorpommern erhält die Landtagsfraktion 600.000 Euro.

Die NPD bekommt für jede gültige Zweitstimme 70 Cent und außerdem 30 Cent für jeden Euro, den sie aus Spenden oder Mitgliedsbeiträgen einnimmt.

Der sächsische Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel sagt zu dem reichlichen Fluss aus Steuergeldern für seine Partei: „Mit dieser strategischen Achse, die durch die parlamentarische Präsenz über Geldmittel und Kader verfügt, lassen wir von Mitteldeutschland aus eine nationale Welle über das Land schwappen.“ ⁽²³⁾ Damit wird für das Auffüllen

²⁰ ebenda, S. 95

²¹ zit. in: U Hörster-Philipps, Wer war Hitler wirklich?, Pahl Rugenstein Verlag Köln; 1978, S.144

²² National-Zeitung, 37/06

²³ Junge Welt, 25. August 2007

der Parteikasse mit weiteren Millionen Euro selbst der Parlamentarismus zeitweilig akzeptiert.

Zum „Kampf um den organisierten Willen“:

Die NPD will als Bindeglied zwischen rechtsextremistischen Parteien, Organisationen und Gruppen fungieren. Militante Gruppen sollen integriert werden. Der Schulterschluss vor allem mit den regional operierenden „Kameradschaften“ soll erreicht werden. Es geht um die Bildung einer eigenen, aktionsfähigen Bewegung. Mit der DVU hat die NPD wiederholt Wahlabsprachen getroffen. Zweck dieses „Kampfes“ ist die Schaffung einer „rechten Volksfront“.

Für die nächste Wahl zum Europaparlament ist ein Bündnis von NPD, DVU und Republikanern beabsichtigt.

4. Antikapitalismus als Programm?

Die NPD bedient sich bei ihrer braunen Demagogie antikapitalistischer Wendungen und Losungen. Sie wettert gegen Konzerne und Profite – eine von NSDAP und SA bis zu deren Machtergreifung angewandte Methode.

Die NPD verbindet demagogisch völkisch-nationalistische Positionen mit pseudosozialistischen Parolen. Die Phrase vom „nationalen“ oder „deutschen Sozialismus“ wird artikuliert und so scheint einleuchtend, wenn von der NPD zu hören ist: „Arbeit für Millionen, statt Profite für Millionäre!“⁽²⁴⁾, oder wenn eine NPD-Broschüre „Für die Unterdrückten – gegen die Ausbeuter“ überschrieben ist.

Das System wird keineswegs in Frage gestellt. Die Wurzeln der Gebrechen der gegenwärtigen Welt, die der Struktur der Produktionsverhältnisse, den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen entspringen, werden nicht bloßgelegt. Der Zusammenhang von Ökonomie und Politik wird nicht offenbart. Ross und Reiter der Ressourcenkriege werden nicht genannt.

In ihrem Parteiprogramm tritt die NPD „Für ein freies und sozialverpflichtetes Unternehmertum“⁽²⁵⁾ ein.

Kein Wort über soziale Gerechtigkeit. Kein Wort über eine gerechtere Wirtschaftsordnung.

²⁴ npd.de – Hier sprechen...a.a.O., S. 23

²⁵ Parteiprogramm der NPD, Pkt. 4

Der verbale Antikapitalismus der NPD findet schnell seine Grenzen. So wird nämlich erklärt: „Eine Sozialpolitik nach dem Traumbild des totalen Wohlfahrtsstaates verfehlt ihre Aufgabe und ist unsozial.“⁽²⁶⁾ So ist Konsens mit den deutschen Konzern-Managern und den Vertretern der Regierungsparteien hergestellt. Die NPD schwört einer Rückkehr zu den sozialen Sicherungssystemen, wie sie im Ergebnis des jahrzehntelangen Kampfes der Arbeiterbewegung und infolge der Realität DDR erreicht wurden, ab.

Die NPD polemisiert, um antikapitalistisch zu erscheinen, gegen die Globalisierung: „Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes... Deshalb ist Globalisierung eine unverblühte Imperialismusstrategie der USA...“ Und schließlich zur Betonung der Stoßrichtung US-Kapital: „Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärischen Standort vor allem an der Ostküste der USA.“⁽²⁷⁾

Die „antikapitalistische“ NPD-Kritik an der Globalisierung mündet in purem Antisemitismus. Die Partei offenbart sich ein weiteres Mal als Vertretung der Interessen der „deutschen Wirtschaft“ und des „freien deutschen Unternehmertums“, die vom Rivalen und Hauptkonkurrenten US-Imperialismus, vom „Wirtschaftsimperialismus der Weltpolizei USA.“⁽²⁸⁾ bedroht seien. Die NSDAP sprach von der „jüdischen Hochfinanz“ der USA als dem Hauptfeind.

Der Begriff „Globalisierung“ ist seit drei Jahrzehnten gängig, vielfach gebraucht und missbraucht, so auch von der NPD.

Der Globalisierungsprozesses ist ein von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen geprägter Prozess, der durch die Entwicklung der Produktivkräfte begründet und veranlasst ist. Auch dieser Zusammenhang in der Argumentation der NPD tunlichst vermieden.

Die NPD, die sich verbal gegen die Globalisierung, genauer: für den Export-Weltmeister BRD gegen den US-Konkurrenten auflehnt, muss schließlich wieder Gleichklang finden mit ihrem Vorbild: Für die NSDAP gab es während ihrer 12 jährigen terroristischen Herrschaft in trauer Gemeinschaft mit den deutschen Konzernherren, deren Interessen sie vertrat, kein Tabu in puncto Globalisierung. Sollte doch der

²⁶ ebenda Pkt. 7

²⁷ npd.de – Hier sprechen..., a.a.O., S. 19

²⁸ Junge Welt, 29. August 2007

vom faschistischen deutschen Imperialismus angezettelte Zweite Weltkrieg den deutschen Konzernen den Zugang zu den Ressourcen, zu den Rohstoffen der anderen Völker ermöglichen. Man wollte sich bekanntlich an den Reichtümern der anderen Völker, vor allem am Weizen und am Erdöl der Sowjetunion, „gesundstoßen“.

Hitler beschrieb diese Zielsetzung mit den Worten: „Unsere Aufgabe ist es, eine großartige Organisation der ganzen Welt vorzunehmen, so dass jedes Land das produziert, was ihm am meisten liegt, während die weiße Rasse, die nordische Rasse, dann die Organisation dieses gigantischen Planes vornimmt. „Der „ganze Nationalsozialismus wäre nichts wert, wenn er sich nur auf Deutschland beschränkt und nicht mindestens 1 bis 2000 Jahre lang die Herrschaft der hochwertigen Rasse über die ganze Welt besiegelte.“⁽²⁹⁾

Die deutschen Konzerne mästeten sich „nationalsozialistisch“ an Ausrüstung, Kriegsvorbereitung und Krieg.

5. Hass gegen Ausländer als Hauptlösung

Eines der Hauptkampffelder der NPD ist das Schüren von Ausländerfeindlichkeit. Die NPD instrumentalisiert Massenarbeitslosigkeit für ihre rassistische Propaganda.

Die Ausländer seien an der Arbeitslosigkeit schuld, wird in jeder Publikation der NPD und bei jedem Auftreten ihrer Propagandisten in der Öffentlichkeit behauptet. „Ausländer raus!“ hetzt die NPD.

Im Programm der NSDAP hieß es: „Wir fordern, dass sich der Staat verpflichtet fühlt, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die gesamte Bevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen anderer Nationen (Nichtstaatsbürger)... auszuweisen.“⁽³⁰⁾

Bei den Erbfolgern ist zu lesen: „In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit ist eine Massenausweisung von Ausländern... nötig, um den Arbeitsmarkt zu sanieren und Landsleute wieder in Lohn und Brot zu bringen.“⁽³¹⁾

Die wahren Ursachen dieser Geißel der Menschen werden negiert.

Da ist zunächst die Strategie der Konzerne, bei einem möglichst geringen Arbeitskräftebesatz möglichst hohe Profite zu erzielen. „Es rechnet sich“ eben, wenn möglichst viele Leute auf die Straße gesetzt

²⁹ Deutschland findet zu sich selbst, NPD-Aktionsprogramm Berlin 2005, S.51

³⁰ Parteiprogramm der NSDAP

³¹ npd.de – Hier sprechen..., a,a,O., S. 11

werden können und verbleibende Arbeitskräfte mit weniger Lohn und bei längerer Arbeitszeit die Renditeerwartungen der Bosse befriedigen.

Die ganze Verlogenheit der Ausländerfeindlichkeit der NPD wird deutlich, wenn man sie mit folgenden Fragen konfrontiert:

- Haben Konzerne wie BMW, Siemens oder Telekom für die zehntausende Arbeiter und Angestellte, die „eingespart“ wurden, ausländische Arbeitskräfte eingestellt?
- Wie ist eigentlich zu erklären, dass in den neuen Bundesländern - bei einem Vergleich zu den alten Bundesländern deutlich geringem Anteil von Ausländern (2,4 Prozent) - die Arbeitslosigkeit nach wie vor doppelt so hoch ist?
- Oder: Warum gab es in Deutschland während der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre, als 6 Millionen Arbeitslose registriert waren, keine „Ausländerfrage“?
- Sollten aus der deutschen Fußball-Nationalmannschaft und aus den Mannschaften der Ligen alle „fremdrassigen“, „artfremden“ Spieler entlassen und ausgewiesen werden?
- Sollte der Spargel-Anbau in Beelitz und anderen Gebieten sowie der Weinanbau reduziert oder ganz eingestellt werden?
- Sollten bestimmte Arbeiten in deutschen Schlachthöfen, die kein deutscher Arbeiter mehr ausführen will, abgeschafft werden?
- Sollten aus Pflegeeinrichtungen und im privaten Bereich in der Altenpflege tätige ausländische Hilfskräfte entfernt werden?
- Sollte in so manchen deutschen Städten die Müllentsorgung aus dem Katalog der Dienstleistungen gestrichen werden?
- Sollten viele Restaurants und Hotels zu schließen oder auf Selbstbedienung umzustellen? (immerhin sind hier rund 180.000 „Artfremde“ tätig) ⁽³²⁾

Bekanntlich wurden in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren 14 Millionen ausländische Arbeitskräfte überwiegend für die industrielle

³² nach K.P. Hufer, Argumente am Stammtisch, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, S. 112 f

Massenfertigung und die Schwerindustrie angeworben. ⁽³³⁾ Millionen sind später in ihre Heimatländer zurückgegangen.

Das sogenannte Wirtschaftswunder, der Wirtschaftsaufschwung in der alten BRD war ohne ausländische Arbeitskräfte gar nicht möglich. Über 100 Milliarden Euro erarbeiteten sie Jahr für Jahr für das deutsche Bruttosozialprodukt. Unverzichtbar sind ihre Beiträge in die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenkassen für das deutsche Sozialsystem. ⁽³⁴⁾

Für die NSDAP waren die Juden an den sozialen Folgen des vom deutschen Imperialismus angezettelten Ersten Weltkrieges und an den verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise schuld.

Die NPD spekuliert bei ihrer Hetze gegen Ausländer nicht zuletzt auf Nachwirkungen des faschistischen Regimes in Deutschland sowie auf Mentalitätsstrukturen, „die in früheren Formationen der deutschen Geistes- und Kulturgeschichte wurzeln, wie den Rassismus...“ ⁽³⁵⁾

Die Reichsgründung in Versailles, also auf dem Boden des besiegten Frankreich, die chauvinistische Maxime „Viel Feind – viel Ehr“, die Siegeshymnen „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ und „Wir fliegen gegen Engelland...“ waren nie Gegenstand gründlicher Abrechnung oder einer (heute so gepriesenen) „Aufarbeitung der Geschichte“.

Da kann denn heute eben der NPD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, ungestraft Ausländer als „arrogante Wohlstands-Neger“, „Tatarenstämme“ und „ethnokulturelle Kastrate“ verunglimpfen. ⁽³⁶⁾

Eine Variante der von der NPD betriebenen Ausländerfeindlichkeit ist die Losung von der „Überfremdung“ und dem drohenden „Völkermord“. „Rückt dem antideutschen Mob auf die Pelle“ ist eine in Nazi-Aufmärschen immer wiederkehrende Parole. NPD-Führungskraft Gansel warnt, Deutschland solle durch „Fremdrassiges zersetzt werden“. ⁽³⁷⁾ Perspektivisch wird von „Völkerkrieg“ gesprochen! ⁽³⁸⁾

³³ W.Seifert, Integration und Arbeit, Aus Politik und Zeitgeschichte, 22/23, 2007

³⁴ Informationen zur politischen Bildung, Argumente gegen rechtsextremistische Vorurteile, 2001, S. 12

³⁵ zit. in: Junge Welt, 28. September 2007

³⁶ Die Zeit, 3. Juli 2007

³⁷ zit. in: antifa, März/April 2007

³⁸ npd.de, Hier sprechen..., a.a.O., S. 7

„Deutschland den Deutschen!“, trommelt die NPD. Es gehe, so heißt es, um den „ethnisch geschlossenen Gesellschaftskörper“. Um die „Bewahrung des Kulturerbes“! ⁽³⁹⁾ Der Vorsitzende der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hetzt im echten Nazi-Jargon: „Nur wer deutsches Blut in seinen Adern fließen lässt, kann für uns Deutscher sein.“ ⁽⁴⁰⁾

Die „drohende Überfremdung“ auf den Prüfstand der Realitäten gestellt zeigt, dass die Luxemburger mit einem Ausländeranteil von 26 Prozent, die Schweizer mit 17 Prozent oder die Belgier mit 10 Prozent weiterhin als Nation bestehen ⁽⁴¹⁾ und in diesen Ländern keine Spur von „Völkermord“ zu erkennen ist. (In Deutschland beträgt der Ausländeranteil etwas über 8 Prozent.)

Die NPD behauptet schließlich, es gebe eine „hohe Ausländerkriminalität“ und bekommt dabei zunehmend Zustimmung aus der sogenannten gesellschaftlichen Mitte.

Wie steht es tatsächlich um die Kriminalität ausländischer Bürger in der BRD?

- Ausländer werden gewöhnlich schneller verdächtigt als Deutsche
- 30 % der Tatverdächtigen werden wegen des Verstoßes gegen das Ausländergesetz bzw. das Asylverfahrensgesetz (Meldevergehen, illegale Einreise) beschuldigt
- In Deutschland sesshaften Ausländern werden Straftaten unterstellt, die von Durchreisenden, u.a. auch von Angehöriger ausländischer Streitkräfte, begangen werden
- Jeder vierte, ja, mitunter jeder dritte Ausländer, der in der Kriminalstatistik erscheint, ist Tourist, Illegaler und wegen Vergehen wie Diebstahl, Raub, Prostitution, Zuhälterei, Schmuggel, Drogenhandel beschuldigt
- Integrierte Ausländer kommen nicht öfter mit dem Gesetz in Konflikt als Deutsche. ⁽⁴²⁾

2004 waren nur 22,9 % der Tatverdächtigen keine deutschen Staatsangehörigen. Nicht zuletzt rechtspopulistische Kampagnen zu auftretender Jugendkriminalität, die mit einer Ethnisierung des Problems

³⁹ ebenda

⁴⁰ Sächsischer Landtag, 01.05.2001

⁴¹ K. P. Hufer, a.a.O., S. 119

⁴² ebenda, S. 122

verbunden sind, blenden bewusst den sozialpolitischen Hintergrund sowie die Perspektivlosigkeit so vieler junger Menschen aus.

Ausländerfeindlichkeit, ständig propagiert, knüpft bei nicht wenigen Bürgern an vorhandene Vorbehalte an bzw. setzt sich im Bewusstsein nicht zuletzt auch junger Menschen fest. Was letztendlich bei manchen Leuten dazu führt, den Rechtsextremisten auf den Leim zu kriechen und Gewalt gegen Ausländer hinzunehmen oder gar selbst zu verüben, wie sich immer wieder zeigt.

6. Antisemitische „Volkspartei“?

Um die Rolle als „Volksvertreterin“ nicht in Frage zu stellen, wird immer mehr ein schleichender Antisemitismus geübt und verübt.

Kandidaten und Funktionären wird von der Parteiführung u.a. empfohlen:

„Auf den Themenkomplex Holocaust... und Nationalsozialismus sollte sich niemand festlegen lassen.“ Und weiter: Der Gegner wolle die NPD auf dieses Gebiet locken, weil er – wörtlich – „mit der historischen Ahnungslosigkeit und damit der antifaschistischen Verblendung der Zeitgenossen rechnen kann.“⁽⁴³⁾

Dann wird aber gesagt: „Juden unterliegen keinem Kritikverbot. Wir lassen uns von der Holocaust-Industrie moralisch nicht erpressen, politisch nicht bevormunden und finanziell nicht erpressen...Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene Schuld kult und die ewige jüdische Opfertümelei muss sich kein Deutscher gefallen lassen. Es muss endlich Schluss sein mit der psychologischen Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk.“⁽⁴⁴⁾ Von dieser antisemitischen Plattform erklärt dann NPD-Chef Voigt wohin die „Reise“ gehen soll. Voigt wörtlich in der Kommentierung des Holocaust-Denkmal in Berlin: „,,Wir bedanken uns dafür, dass man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen Reichskanzlei geschaffen hat.“⁽⁴⁵⁾

Nach solchen, antisemitischen Tiraden ist es nicht überraschend, wenn sich inzwischen jede zehnte rechtsextremistische Straftat gegen jüdische Mitbürger richtet. Geschändete jüdische Friedhöfe und Synagogen markieren den Weg der Gewalttäter.

Nachdem die Infragestellung bzw. Leugnung des Holocaust bestraft wird, spricht beispielsweise der NPD-Fraktionschef im Landtag von

⁴³ npd.de – Hier sprechen..., a.a.O., S. 34

⁴⁴ ebenda, S. 10

⁴⁵ Der Spiegel, 5/2005

Mecklenburg-Vorpommern, Pastörs, vom „sogenannten“ Holocaust. Und er fragt dummdreist und provokatorisch: „Sind Juden vergast worden?“⁽⁴⁶⁾

Im NSDAP-Programm hieß es: „Kein Jude kann Volksgenosse sein.“ Da will Pastörs nicht nachstehen, und so erklärt er denn: „Ein Jude ... kann kein Deutscher im Sinne der Volkszugehörigkeit sein.“⁽⁴⁷⁾

Bei provokatorischen Aufmärschen der NPD sind, wie am 7. Juli 2007 in Frankfurt/Main, auch solche Parolen zu hören: „BRD, Judenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt“.

Goebbels, schon Minister im Dritten Reich, formulierte die Kampfparole so: „Die Freiheit der deutschen Nation kann nur gegen den Juden vollendet werden. Gewiss ist der Jude auch ein Mensch...Aber der Floh ist auch ein Tier – und kein angenehmes...Vor uns und unserem Gewissen haben wir die Pflicht..., ihn unschädlich zu machen.“⁽⁴⁸⁾

Als „antifaschistische Verblendung“ bezeichnet die NPD offenbar jedes Bemühen, ja, die Verpflichtung, die furchtbaren faschistischen Verbrechen der Vergangenheit in Erinnerung zu behalten und Lehren für das Heute und Morgen einzufordern.

Hier die grausamen Resultate des von Goebbels verlangten „unschädlich Machens“:

- 80.000 ermordete Juden in Majdanek
- 152.000 in Chelmo
- 600.000 in Belzec
- 900.000 in Treblinka
- 1 Million in Auschwitz.
- 535.000 jüdische Bürger brachte die Waffen SS nach eigenen Angaben um
- 2 ½ Millionen wurden in Ghettos und Konzentrationslagern – durch Zwangsarbeit, Unterernährung, Schikanen und Misshandlungen getötet.⁽⁴⁹⁾

Es bestätigt sich immer wieder: Faschismus ist keine Auffassung, sondern ein Verbrechen!

⁴⁶ Vanity fair, 7/2007, S. 173

⁴⁷ ebenda, S. 172

⁴⁸ J. Goebbels, Der Nazi-Sozi, Verlag Eher, München 1934

⁴⁹ Informationen zur politischen Bildung, Argumente gegen..., a.a.O., S. 7

7. Was steckt hinter der ständigen Betonung des Völkischen und der Volksgemeinschaft?

Den Mythos von der „Volksgemeinschaft“ hat die NPD von den Altnazis übernommen. NPD-Kandidaten und -Funktionären wird mit auf den Weg gegeben zu erklären, dass z.B. ein „Afrikaner, Asiate oder Orientale... nie Deutscher werden“ könne, da kein deutscher Pass „die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind.“ Vom „Blutsrecht“ ist die Rede. „Angehörige anderer Rassen bleiben körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper.“⁽⁵⁰⁾ Und, anders soll es wohl nicht verstanden werden, eben „minderwertig“!

Bei der NSDAP waren „fremdvölkische“ Menschen aus der „Volksgemeinschaft“ auszuschließen, später hieß es „auszumerzen“. Die „Säuberung“ des „deutschen Volkskörpers“ von „rassisch Unreinem“ und von „lebensunwertem Leben“ gehörten zum Mythos von der Volksgemeinschaft. Die arische Abstammung und das „Reinrassige“ mussten nachgewiesen werden. Das Gegenstück von der überlegenen Rasse gipfelte in der Begriffsprägung vom „Untermenschen“. Was mit der industriellen Vernichtung von sechs Millionen Juden und mit der Liquidierung von mehreren Millionen sowjetischer Kriegsgefangener endete!

Wie fest dieser Rassismus in der NPD verankert ist, bewies im Sommer 2007 der Berliner NPD-Landesvorsitzende Bräuninger in einer Ansprache auf dem Budapester Heldenplatz anlässlich des Gedenkens an die SS-Schlacht um die ungarische Hauptstadt gegen Ende des Zweiten Weltkrieges. Bräuninger führte u.a. aus: „Im Osten aber strömten die entmenschten Horden aus den Steppen Innerasiens nach Europa, um unsere Frauen zu vergewaltigen, die Kinder zu entführen, die Männer zu ermorden und unsere Völker verhungern zu lassen. Kein Tier könnte so grausam sein, kein Teufel so wahnsinnig sein, wie diese sadistischen Verbrecher, die Kommissare und Propagandisten der Roten Armee, Bestien in Menschengestalt.“⁽⁵¹⁾

Es bedarf keines Kommentars, um den ganzen verbrecherischen Charakter der alten und neuen Naziideologie zu entlarven.

NPD-Chef Voigt betonte noch einmal diese Position: „Und wir ver-

⁵⁰ npd.de – Hier sprechen..., a.a.O., S. 12

⁵¹ Süddeutsche Zeitung, 2. August 2007

stehen unter dem Begriff Volk keine euro-afro-asiatische Mischbevölkerung der Bundesrepublik, sondern die Angehörigen des deutschen Volkes.“⁽⁵²⁾ Es gehe um die „Wiedererlangung der deutschen Volksgemeinschaft“. ⁽⁵³⁾ Ausgeschlossen von dieser „Volksgemeinschaft“ sind nach NPD-Verständnis Ausländer, Minderheiten, Juden, Leistungsempfänger, Flüchtlinge und Andersdenkende. Sie werden bekanntlich immer wieder Opfer neofaschistischer Gewalttaten.

Im „Dritten Reich“ mutierte die arische Volksgemeinschaft zur „Gefolgs-gemeinschaft“: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“. Sie gipfelte im „Führerprinzip“; im „Du bist nichts, dein Volk ist alles!“; im „Führer befehl, wir folgen Dir“! Das „deutsche Volkstum“ endete damals beim „Volkssturm“, mit dem Verheizen von greisen „Volksgenossen“ und Kindersoldaten an Panzersperren und in Panzergräben.

NPD-Vorsitzender Voigt will beim Führerprinzip bleiben, sagt er doch: „Um auf die Globalisierung reagieren zu können, müssen wir zu einer Volksgemeinschaft zurückfinden, in der man den Willen, etwas zu verändern, wieder bündeln kann, in der die Gruppen- und Eigeninteressen überwunden werden.“⁽⁵⁴⁾

Die NPD-Argumentation für Kandidaten und Funktionäre hält an der „Volksgemeinschaft“ fest: „Nur weil es etwas schon im Dritten Reich gegeben hat, muss es nicht automatisch schlecht sein.“⁽⁵⁵⁾ Und im übrigen, so wird hinzugefügt, sei die „Volksgemeinschaft“ keine Erfindung der Nationalsozialisten, sondern wesentlich älter.“⁽⁵⁶⁾

8. Zurück zum Reich und in die Reichskanzlei?

Wenn die NPD ihr „demokratisches und soziales Gewissen“ gegenüber dem gemeinen Volk artikuliert, spricht sie selbstverständlich nicht davon, dass sie eines Tages wieder in die Reichskanzlei zurückkehren will, wie es NPD-Chef Voigt einmal freimütig ausgeplaudert hatte.

Die NPD knüpft an den Reichsgedanken an. Die „Wiederherstellung des Reiches“ ist zum Kampfprogramm erhoben. „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik“⁽⁵⁷⁾ lautet – programmatisch - eine der

⁵² Wußten Sie schon?, Flugblatt der SPD Treptow-Köpenick

⁵³ Junge Welt, 15. September 2005

⁵⁴ Berliner Zeitung, 29. Oktober 2004

⁵⁵ npd.de – Hier sprechen..., a.a.O., S. 32

⁵⁶ ebenda

⁵⁷ Partei-Programm der NPD, Pkt. 10

Losungen. Deutschland also in den Grenzen „Großdeutschlands“? Immerhin ist eine der Grundforderungen im NPD-Programm so formuliert: „Wir fordern die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzankennungsverträge“. Und Wiederherstellung Deutschlands „innerhalb seiner geschichtlich gewachsenen Grenzen.“⁽⁵⁸⁾

Dazu ein Zitat aus den programmatischen Thesen zur Gründung der NPD: „Der Raub uralten deutschen Volksbodens und die Teilung Deutschlands sind Teile einer Gewaltaktion... Der Anspruch des ganzen deutschen Volkes auf das ganze Deutschland muss uneingeschränkt vertreten werden.“⁽⁵⁹⁾

Doch was fällt alles unter „uralten deutschen Volksboden“?

Einer der rechtsextremistischen Vorfahren der NPD hatte am Ende des 19. Jahrhunderts „unter dem Einfluss der alldeutschen Propaganda eine ‚Großdeutschland-Konzeption‘ entwickelt, die er als ‚Neuordnung Europas und der übrigen Welt‘ bezeichnete.“ Diese „Neuordnung“ sollte „deutsche Kulturgebiete“ umfassen, nämlich Nordwestfrankreich, Holland, Belgien, Luxemburg, die Schweiz, Deutschösterreich, Estland, Livland, Kurland sowie tschechische, slowakische und polnische Gebiete.⁽⁶⁰⁾

Nach Meinung der NPD-Führung bestehe das „Deutsche Reich“ - unter Hinweis auf das BVG-Urteil von 1973 - auch weiterhin. Nur - mit der Souveränität des Reiches hapere es. Wörtlich dazu die NPD: „Seit dem 23. Mai 1945, dem Tag der Verhaftung der Regierung Dönitz, ist es nicht mehr souverän und handlungsfähig.“!⁽⁶¹⁾

Wie soll es wieder „souverän und handlungsfähig“ werden?

Wiederum dient die NSDAP als Stichwortgeber. 1923 rief die zur „nationalen Revolution“ auf. Goebbels dazu: „Wir wollen vorwärts, wollen den Krankheitsprozess, in dem heute Volk und Staat, Wirtschaft und Kultur fiebernd liegen, überwinden.“⁽⁶²⁾

Und wie drückt es die NPD heute aus?

Der Staat rückt ins Zentrum verbaler Attacken wie auch das Recht und damit auch die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen Deutschlands, also auch das Völkerrecht.

⁵⁸ ebenda

⁵⁹ zit. in: Neonazis in der Bundesrepublik, NPD, Berlin, o.J., S. 12

⁶⁰ J. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, Pahl Rugenstein Verlag, Köln, 1978, S. 45

⁶¹ npd.de – Hier sprechen..., a.a.O., S. 33

⁶² Das Reich, 19. Januar 1931

Die NPD sagt zum Staat: „Hinter seinen glänzenden Fassaden vollzieht sich heute beklemmend die Auflösung von Recht und Ordnung. Unser Nationalbewusstsein ist verschüttet. Tragende Säulen des Staates werden zerstört.“⁽⁶³⁾

Schlussfolgerung Voigts? „Gehen wir vom Widerstand über zum politischen Angriff... Unser Kampfauftrag heißt Deutschland. Wir werden unsere Pflicht bald erfüllen.“⁽⁶⁴⁾ Unmissverständlich fügt er hinzu: „Aufstehen für die nationale Revolution, ein Aufstand der Deutschen ist überfällig.“⁽⁶⁵⁾

Voigt gibt Aufschluss, wie ein „Aufstand“, wie eine „nationale Revolution“ und wie Deutschland „innerhalb seiner geschichtlich gewachsenen Grenzen“ wiederhergestellt werden soll. Zunächst sagt er, „Gewalt sollte da keine Rolle spielen.“ Aber dann fügt er hinzu: „Wenn aus der Bewegung heraus jedoch etwas entsteht, was wir aber nicht kontrollieren können, dann ist das eine vollkommen andere Geschichte.“⁽⁶⁶⁾

In einer Rede im August 1998 hatte Udo Voigt – wohl in Anspielung auf die 1956er Ereignisse in Ungarn - Klartext gesprochen: „Kameraden und Kameradinnen, wenn damals Deutschland in Gefahr gewesen wäre, hätte ich auch als Vierzehnjähriger, wenn es hätte sein müssen, die Waffe in die Hand genommen, um mein Vaterland zu verteidigen. Das erwarten wir von Euch auch. Deutschland ist in Gefahr. Deutschland wird von allen Seiten heute angegriffen. Nicht mehr von außen, sondern von innen. Der Feind steht im Innern.“⁽⁶⁷⁾

Der Ruf zu den Waffen wird nicht ausgeschlossen. Die „Volksseele“ ist in der deutschen Geschichte wiederholt „zum Kochen gebracht“ worden. Mit Nationalismus und Chauvinismus angeheizt!

9. „Ruhm und Ehre“ für Kriegsverbrecher

Wem gebührt nach Meinung der NPD, die, wie sie behauptet, „vorbehaltslos für die Lebensinteressen des deutschen Volkes eintritt“, „Ruhm und Ehre“?

„Ruhm und Ehre“ der NPD gehört zunächst dem „Führer“! Er habe Frieden gewollt. Und Deutschland, so Voigt, habe 1939 „natürlich

⁶³ Deutsche Nachrichten, 2. Juni 1967

⁶⁴ zit. in: Wußten Sie schon, a.a.O.

⁶⁵ zit. in: Rundbrief 1/2004, Rechtsextremismus/Antikommunismus beim PV der PDS, S. 14

⁶⁶ Berliner Zeitung, 29. Oktober 2004

⁶⁷ Pressemitteilung der NPD-Rechtsabteilung vom 23.02.2007

nicht die Kriegsschuld“ getragen! Der Überfall auf Polen sei eine „Schutzmaßnahme“ gewesen! ⁽⁶⁸⁾

Der „Führer“ hat im NPD-Gedenken einen hohen Stellenwert. Voigt erklärt: „Zweifellos handelt es sich um einen großen deutschen Staatsmann“. ⁽⁶⁹⁾ NPD-Gründungsmitglied Frenz spricht von der „Jahrtausendgestalt der Geschichte“. ⁽⁷⁰⁾ Der NPD-Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg- Vorpommern, Pastörs, schätzt ihn als eine „absolut interessante Person der Zeitgeschichte.“ ⁽⁷¹⁾

Auch die militaristischen Stützen des faschistischen Systems erfahren hohe Wertschätzung.

Der NPD-Fraktionschef im sächsischen Landtag H. Apfel bekannte: „Vorbild für uns deutsche Nationalisten können einzig und allein die Helden der Deutschen Wehrmacht und der Waffen SS sein, die ihr Leben im Kampf gegen den Bolschewismus gelassen haben.“ Und er fügte bei anderer Gelegenheit hinzu: „Als Vorbild für die Jungen Nationaldemokraten zählen einzig und allein die Soldaten der Wehrmacht und der Waffen SS.“ ⁽⁷²⁾

Der sogenannte „Taschenkalender des nationalen Widerstandes“ enthält reihenweise Einträge der Geburtstage von SS-Obersturmbannführern und Generalfeldmarschällen.

Das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ druckt regelmäßig Porträts von faschistischen Spitzenfunktionären, die mit ihrem „Führer“ an der Spitze für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gegen das Völkerrecht und für nahezu 60 Millionen Opfern des II. Weltkrieges die Verantwortung tragen.

- Zum NPD-Ruf „Ruhm und Ehre der Wehrmacht“?

Schon in Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion (Plan „Barbarossa“) erließ das Oberkommando der Wehrmacht zwei Befehle, die auf Weisungen Hitlers zurückgingen. Der Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet „Barbarossa“ und über besondere Maßnahmen der Truppe vom 13. Mai 1941 – also Wochen vor dem Raubzug – bestimmte, dass „Straftaten feindlicher Zivilpersonen... in dem Gebiet der Zuständigkeit der Militär-

⁶⁸ zit.: T. Staud, a.a.O., S. 20

⁶⁹ Junge Freiheit, September 2004

⁷⁰ Rechtsextremistische Parteien in der Bundesrepublik, Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln, 1999, S. 41

⁷¹ Vanity fair, a.a.O., S. 173

⁷² www.extremismus.com /Sächsischer Landtag, 25.05.2000

gerichte entzogen“ waren. Damit war die Zivilbevölkerung jeglicher Willkür ausgeliefert. Jeder Truppenführer konnte von sich aus entscheiden, „Freischärler... im Kampf oder auf der Flucht schonungslos zu erledigen“ oder ganze Dörfer durch „kollektive Gewaltmaßnahmen“ zu beseitigen“. (⁷³)

Für die „Ruhmestaten“ der Wehrmacht ein weiteres Beispiel. Befehl Nr. 004870/42 des Chefs des OKW Keitel vom 16. Dezember 1942 zur Bekämpfung des Widerstandes in der überfallenen Sowjetunion:

„Die Truppe... ist berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt. Rücksichten gleich welcher Art sind ein Verbrechen gegen das deutsche Volk und den Soldaten an der Front...“ (⁷⁴)

- Zum NPD-Ruf „Ruhm und Ehre der Waffen SS“
(1946 in Nürnberg als verbrecherisch bezeichnet und verurteilt)

Der Aufbau der Waffen SS erfolgte ab 1938 auf Befehl Hitlers zu einer SS-Armee. Und zwar aus „Leibstandarte Adolf Hitler“, SS-Totenkopfverbänden und SS-Verfügungstruppen. Ab Kriegsbeginn wurde sie systematisch erweitert. Ende 1944 zählte sie 910.000 Mann. Dabei vermischten sich „reine“ Waffen SS-Fronttruppen und Waffen SS-Konzentrationslagermannschaften.

Himmler war seit Oktober 1939 als „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ zuständig und organisierte den Rassenkrieg in den besetzten Gebieten. Vor allem Ost- und Südosteuropa waren Einsatzgebiete der Waffen SS

Die Waffen SS hatte hier folgende Aufgaben:

- Schaffung von Ghettos für jüdische Bürger in Städten
- Anzettlung von Pogromen
- Liquidierung der jüdischen Bevölkerung
- Versklavung und Vernichtung von, wie die faschistische Sprachregelung lautete, „Untermenschen“ und „Schädlingen“

⁷³ Informationen zur politischen Bildung, Argumente, a.a.O., S. 14

⁷⁴ L. Poliakov, J.Wulf, Das Dritte Reich und seine Diener, arani Verlag GmbH, 1956, S. 450

Zu den „Ruhmesblättern“ der Waffen SS gehörten weiter außerdem in der Sowjetunion begangenen Verbrechen

- das Massaker von Oradour sur Glane
- Zivilistenerschießungen in Italien
- Racheaktionen gegen vermeintliche Partisanen auf dem Balkan.

Zur weiteren Veranschaulichung der „Ruhmestaten“ sei hier ein Kampfauftrag der Waffen SS zitiert, den Himmler am 7. September 1943 an die an der Ostfront zurückflutenden Verbände der Wehrmacht und der Waffen SS erließ:

„Es muss erreicht werden, dass bei der Räumung von Gebietsteilen in der Ukraine kein Mensch, kein Vieh, kein Zentner Getreide, keine Eisenbahnschiene zurückbleiben; dass kein Haus stehen bleibt, kein Bergwerk vorhanden ist, das nicht für Jahre gestört ist, kein Brunnen vorhanden ist, der nicht vergiftet ist. Der Gegner muss wirklich ein total verbranntes und zerstörtes Land vorfinden.“⁽⁷⁵⁾

Welch abgefemter Hohn, wenn die NPD behauptet: „Die Waffen SS war eine Elite-Formation, deren Tapferkeit und Ritterlichkeit selbst von vielen Kriegsgegnern immer wieder betont wurde.“⁽⁷⁶⁾

„Ruhm und Ehre“ gehören der NPD zufolge auch den terroristischen Mitgliedern des konterrevolutionären Freikorps, die nach der deutschen Novemberrevolution 1918 als Mordbrenner gegen Sozialisten zu Felde zogen und mit Putschversuchen alles daran setzten, die bescheidenen demokratischen Errungenschaften der Revolution zu liquidieren.

Jüngstes Beispiel der NPD-Verehrung für diese militaristische Soldateska: In einem Berliner Bezirksparlament beantragte die NPD, den Anton-Saefkow-Platz in Waldemar-Pabst-Platz umzubenennen! Saefkow, ein namhafter antifaschistischer Widerstandskämpfer, wurde von den Nazis ermordet.

Der Offizier des kaiserlichen Heeres Pabst hatte von dem SPD-Politiker Noske den Auftrag erhalten, am 15. Januar 1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu verhören. Er gab nach dem Verhör den Befehl, die beiden Arbeiterführer zu ermorden. Mit diesem „mutigen Einsatz“, so heißt es in dem NPD-Antrag, habe Pabst dem deutschen Volk „viel Leid erspart“!

⁷⁵ ebenda, S. 463

⁷⁶ npd.de – Hier sprechen..., a.a.O., S. 33

Und das Mitglied des NPD-Bundesvorstandes Hähnel fügt hinzu, die Ermordung der beiden Arbeiterführer sei ein „Akt des Demokratieerhalts“ gewesen! ⁽⁷⁷⁾ Eine ungeheuerliche Provokation, die die demokratische und antifaschistische Öffentlichkeit herausfordert.

Doch damit nicht genug: In ihrem fanatischen Antikommunismus sucht die NPD die offene Konfrontation mit der Linken, indem sie am Tag der Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu einem Fascho-Aufmarsch aufrief. Parole:“ Gegen das Vergessen – Freikorps, Soldaten für Deutschland“!

10. Auftritt als „Friedensapostel“?

Die NPD-Führung versucht nicht nur Hitler und den deutschen Faschismus als „Friedensbewahrer“ darzustellen. Sie selbst versucht den Anschein zu erwecken, als sei sie eine um den Frieden besorgte Partei. Dazu werden auf bekannte demagogische Art und Weise Losungen und Forderungen der Friedensbewegung im Programm der Partei und ihren Schriften missbraucht, wie z. B. „Austritt aus der NATO“, Rückführung der in Afghanistan stationierten Bundeswehr-Einheiten, „Freiheit für den Irak! Besatzer raus!“.

Dabei geht es, wie die NPD immer wieder betont, in erster Linie um „deutsche Interessen“. Tatsächlich sind hier nicht deutsche Friedensinteressen gefragt, sondern „Interessen der deutschen Wirtschaft“. Warum wendet sich die NPD gegen die Dominanz und den Hegemonieanspruch des „Dollar-Imperialismus“?

Die Antwort der NPD ist in ihrem Programm formuliert: „Deutsche Streitkräfte dürfen nicht Mittel internationaler Großmachtspolitik sein.“ ⁽⁷⁸⁾ In ihren „Argumenten“ ist zu lesen: „...zuerst die eigene Heimat, dann der Rest der Welt“. ⁽⁷⁹⁾

Das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ kommentiert den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Deutschland agiere dort nur als „raumfremde“ Macht“ und erweise sich lediglich als „US-imperialistischen Interessen folgende Landsknecht-Truppe.“ ⁽⁸⁰⁾

Die „Friedensapostel“ entlarven sich auch in der Leugnung der Kriegsschuld des imperialistischen Deutschland am Zweiten Weltkrieg. Deutschland trage hinsichtlich des Zweiten Weltkrieges „natür-

⁷⁷ Berliner Zeitung, 14.12.2007

⁷⁸ Partei-Programm der NPD, Pkt. 15

⁷⁹ npd.de - Hier sprechen ...,a.a. O., S. 34

⁸⁰ Junge Welt, 29. August 2007

lich nicht die Kriegsschuld“, wird behauptet! Vorgegeben hatte diese Linie das erste NPD-Programm von 1967, in dem es hieß: „Wir weisen die Behauptung der Allein- oder Hauptschuld Deutschlands an den Weltkriegern entschieden zurück.“⁽⁸¹⁾ Das NPD-Pamphlet „Perplex“ will jungen Menschen suggerieren, dass Hitler um Frieden bemüht gewesen, ja dass dieser Krieg den Deutschen „von den Alliierten aufgezwungen worden“ sei und „viele Väter hatte“. ⁽⁸²⁾ Die NPD spricht von diesem Krieg als von „einem weltgeschichtlichen Ringen der Jahre 1939 – 1945“⁽⁸³⁾

Welche Tatsachen sollen durch solche Geschichtsverfälschung vor allem der jungen Generation vorenthalten und eliminiert werden?

- Hitler formulierte in „Mein Kampf“ die rassistische Programmatik der Nazi-Partei folgendermaßen: „Ein Staat, der im Zeitalter der Rassenvergiftung sich der Pflege seiner besten rassistischen Elemente widmet, muss eines Tages zum Herrn der Welt werden.“⁽⁸⁴⁾
- Hitlers außenpolitisches „Leitbild“, das er im Februar 1933 vor der Spitze der Reichswehr offen legte, gipfelte in der „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“. ⁽⁸⁵⁾ In dieses „Leitbild“ einbezogen war die Eroberung und Vernichtung der Sowjetunion als „Hort des Bolschewismus und des Judentums“.
- Nach der Machtübernahme der Nazis zog sich Deutschland aus der Abrüstungskonferenz zurück und trat aus dem Völkerbund aus.
- Eine der ersten Maßnahmen der faschistischen Machthaber war die Ankurbelung der Rüstungsindustrie durch ihre einseitige Förderung, bei Drosselung der Konsumgüterindustrie. (Von 1934 bis 1939 wurden 94 Milliarden Mark in die Rüstungsindustrie investiert.)
- Die Nazi-Führung berief einen „Rüstungsrat“, der sich aus Aufsichtsrats-Vorsitzenden und -Mitgliedern von Siemens-Schuckert, AEG, Zangen, Vögler, Röchling und weiteren Konzernen, die in

⁸¹ zit. in; Neonazis in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 15

⁸² Junge Welt, 26. September 2007

⁸³ npd.de - Hier sprechen..., a.a.O., S. 33

⁸⁴ A.Hitler, Mein Kampf. München 1942, S. 782

⁸⁵ T. Vogelsand, Neue Dokumente zur Geschichte des Reiches 190 – 1933, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2/1954, S. 425

der Rüstung führend waren, sowie aus Vertretern der Generalität zusammensetzte.

- 1935 wurden „Rüstungsfreiheit“ und die allgemeine Wehrpflicht proklamiert.
- Im gleichen Jahr wurde die Wehrmacht von 100.000 auf 550.000 Mann aufgestockt.
- 1936 erfolgte die „Generalprobe“ für den Zweiten Weltkrieg: 45.000 deutsche Soldaten wurden zum Sturz der Spanischen Republik und zur Errichtung der faschistischen Franco-Diktatur eingesetzt
- Nach der Einverleibung Österreichs und der Sudeten in das Deutsche Reich wurde der Nichtangriffspakt mit Polen gekündigt
- Am 30. November 1938 erklärte Hitler vor der deutschen Presse: „Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt notwendig war.“⁽⁸⁶⁾

Der Marsch in den Krieg war programmiert.

Die faschistische „Volksgemeinschaft“ erfuhr, wie die Nazis auf diesem Marsch sechs Millionen Erwerbslose von der Straße holten und zehn Millionen auf den Schlachtfeldern Europas unter die Erde brachten.

Heute versucht die NPD das Urteil des Gerichts der Völker 1946 in Nürnberg gegen die im Zweiten Weltkrieg verübten Verbrechen des Faschismus gegen die Menschlichkeit als Unrecht zu diffamieren und vom Tisch zu wischen.

Die „Friedensliebe“ der NPD entlarvt sich auch in der Forderung, die Nachkriegsgrenzen zu revidieren. Derartige Forderungen und die Versuche zu ihrer Verwirklichung haben, wie die Geschichte zeigt, immer zu verheerenden Kriegen geführt.

Die NPD negiert die bitteren Erfahrungen der Völker mit derartigen Aggressionshandlungen. Sie fordert vielmehr „eigene Atomwaffen“

⁸⁶ Wortlaut der Rede nach einem Tonbandprotokoll, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2/1958, S. 181 – 182

für Deutschland, „um weder militärisch noch politisch erpresst werden zu können.“⁽⁸⁷⁾

Und da zu den Massenvernichtungswaffen eine entsprechende „Wehrbereitschaft“ gehört, verlangt die NPD in ihrem Programm: „Die tapfere Haltung deutscher Soldaten aller Zeiten muss Vorbild der Bundeswehr sein.“⁽⁸⁸⁾ Damit künftige Kampfaufträge richtig geplant werden können, wird im Programm der NPD weiter gefordert: „Die Bildung eines deutschen Generalstabs ist erforderlich.“⁽⁸⁹⁾ Die Traditionen des deutschen Militarismus sind der NPD heilig.

Die NPD eine Friedenspartei?

Die Friedensdemagogie der NPD knüpft an berüchtigte Praktiken der Vorgänger an und stellt sich einen Frieden mit einem von ihnen gesetzten Vorbehalt, „Nie wieder Krieg – nach unserem Sieg“⁽⁹⁰⁾ vor.

Einen Frieden – nachdem das „Große Deutschland“ wiedererstanden, die „Ausländerfrage“ einer „Endlösung“ zugeführt und „Ruhm und Ehre der Wehrmacht und der Waffen SS“ allgemeine Staatsauffassung geworden seien?

11. Zu Kontinuitäten des Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus ist die Bündelung von Antikommunismus und Antisemitismus, von Rassismus und Nationalismus. Rechtsextremismus existierte – trotz unterschiedlicher Staatsformen - im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und erreichte seinen unheilvollen Triumph in der faschistischen Diktatur des Dritten Reiches. Er findet sich schließlich in der deutschen Nachkriegsrepublik wieder.

Zwei wesentliche Faktoren waren und sind dafür ausschlaggebend:

1. Die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kaum veränderte ökonomische Machtstruktur bzw. die Besitzverhältnisse produzieren Rechtsextremismus stets aufs Neue. Und zwar gegen emanzipatorische Entwicklungen und prinzipielle soziale Forderungen. Hierin ist auch die soziale Basis des Rechtsextremismus begründet.
2. Als politische Träger antidemokratischer Ideen und entsprechender Praktiken agieren einflussreiche Minderheiten, und zwar Vertreter der jeweiligen Staatsbürokratie sowie manche Wissenschaftler, die

⁸⁷ Deutschland findet..., a.a.O., S, 77

⁸⁸ Parteiprogramm der NPD, Pkt. 15

⁸⁹ ebenda

⁹⁰ Neues Deutschland, 17. August 2007

sich als ideologische Konservatoren bewähren. Etwas modifiziert - entsprechend den jeweils veränderten Bedingungen – vermitteln sie ihr Wissen an nachfolgende Generationen. ⁽⁹¹⁾

So entwickelt sich auch in der viel gerühmten „freiheitlich - demokratischen Grundordnung“ der BRD in der sogenannten Mitte der Gesellschaft in Folge sozialer Polarisierung verstärkt nationalistisches und rechtskonservatives Gedankengut. Es ist unverkennbar, dass auch aus dieser Richtung rechtsextreme Tendenzen und Auffassungen, wie sie heute von der NPD thematisiert werden, Auftrieb erhalten.

Für die Kontinuität des Rechtsextremismus zählt auch das Beharrungsvermögen in Teilen des Volkes. Eine Folge der mangelhaften bzw. fehlenden Aufarbeitung deutscher Geschichte. Nicht zuletzt hinsichtlich der Fragen nach den Ursachen der von Deutschland geführten Raubkriege. Für die Kontinuitäten spielen weiter völkische Literatur und Medien eine Rolle, wobei „völkisch“ – gleichbedeutend mit nationalistisch bzw. rechtsextremistisch ist.

Generell ist zu beachten, dass gleiche Wesen je nach historischer Phasenspezifität in ungleicher Form auftreten können – entsprechend dem jeweiligen Kräfteverhältnis und dem Stand der technischen Entwicklung. ⁽⁹²⁾

Zu einigen historischen Fakten:

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts trat in Deutschland eine politische Richtung hervor, die sich völkische nannte. Diese Richtung kam nach der Reichsgründung 1870/71, deren Spezifik „Blut und Eisen“ hieß, voll zur Entfaltung. Sie stützte sich auf den in Deutschland besonders ausgeprägten Sozialdarwinismus. Seine ideologischen Eckpunkte: „Kampf ums Dasein“, „Auslese der Fähigsten“, „Recht des Stärkeren“, „unaufhaltsame Perfektion des Menschen“.

Marx kritisierte die Bestrebungen der hinter diesen Thesen stehenden Kräfte, die die sozialen Probleme und die Klassenfrage vernebelten, scharf.

In den Jahrzehnten nach der Reichsgründung wurde nationalistische Weltanschauung massiv verbreitet. Unter anderen steuerte Friedrich Nietzsche den „Kampf um die Macht“ bei. Die „Züchtung der Herrenrasse“ stand auf dem Programm.

⁹¹ Knorr, Kontinuitäten des Rechtsextremismus, Verlag für Akademische Schriften, Frankfurt/Main, 2003, S. 7

⁹² ebenda, S.8

Da durfte der Antisemitismus nicht fehlen. Als der Gründerkrach 1874 eintrat, hatte man schnell einen Sündenbock gefunden: Treitzschke formuliert das so: „Die Juden sind unser Unglück“.

Beharrlich wurde die „blonde Bestie“ geboren und der „Übermensch“. Das deutsche Großbürgertum beschwor das „Herrenvolk“ und den „deutschen Sonderweg“. Übersteigertes Nationalgefühl wurde gezüchtet und gepflegt.

Die „Alldrutschen“ traten auf den Plan. Die chauvinistische Maxime „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ wurde propagiert und die Rüstung forciert.

Gegen die erstarkende Sozialdemokratie wurde für 12 Jahre das sogenannte Sozialistengesetz verhängt.

Gerade zu dieser Zeit – 1887 – lieferte Ferdinand Tönnies die Vorlage für den Mythos von der „Volksgemeinschaft“! Den die NSDAP zur Leitidee der Unterordnung der Massen unter ihre Ideologie und Politik machte und den die NPD, wie dargelegt, zur Wahrung der Kontinuität, aufgegriffen hat.

„Volksgemeinschaft“, die „Gemeinschaft vom Volk“ – das wird das Ideal, um die immer stärker aufbrechenden sozialen Gegensätze möglichst zu deckeln.

Am Ende des 19. Jahrhunderts, als die Arbeiterbewegung immer mehr erstarkt, wird vom Hofprediger Adolf Stöcker unter seiner Christlich Sozialen Arbeiterpartei unter antisemitischen Vorzeichen antikapitalistische Demagogie gepflegt und „wahrer“ und „deutscher Sozialismus“ gepredigt, um das Kleinbürgertum um sich zu scharen. ⁽⁹³⁾

Der Mythos von der „Volksgemeinschaft“ war den meisten Konzeptionen der „Sozialismusprediger“ im In- und Ausland gemeinsam. „Volksgemeinschaft“ – das verwirklichten die reaktionären Kräfte in der Euphorie der Kriegsbegeisterung 1914. Der Kaiser kannte keine Klassen mehr, sondern nur noch Deutsche.

„Volksgemeinschaft“ floss in „Frontkameradschaft“ vor Verdun und Langermarck ein.

Der Intellektuelle Eduard Stadtler und die „Antibolschewistische Liga“ traten mit einem „Deutschen Sozialismus“ auf. Mit antisozialistischen Parolen war der revolutionären Situation nicht zu begegnen. Stadtler gründete 1918 die „Vereinigung zur nationalen und sozialen Solidarität“. Die Klassengegensätze sollten überspielt werden. Durch

⁹³ J. Petzold, Wegbereiter..., a.a.O., S. 31 ff

den „deutschen Sozialismus“ sollte, wie Stadtler sagte, „die Welt von der Anarchie genesen“. ⁽⁹⁴⁾

Nach Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands mordeten rechtsextremistische, militaristische Terroristen die linke Avantgarde, die für ein friedliches, demokratisches und sozialistisches Deutschland kämpfte – Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Kurt Eisner und Gustav Landauer.

Wenige Jahre später wurden die bürgerlichen Politiker Erzberger und Rathenau durch Mord aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen. „Volksgemeinschaft“ wurde zu einem der Leitbilder der sogenannten „konservativen Revolution“.

Völkische Kräfte attackierten die Weimarer Republik.

Der „Berliner Juni-Klub“ junger Konservativer, vom Großkapital gefördert, hob die Notwendigkeit der „Schicksalsgemeinschaft“ der Deutschen hervor und steuerte die „Gemeinschaft des deutschen Volkstums“ an. Eine der Losungen des Klubs: Wer sich nicht zu Deutschland bekennt, der „muss über die Grenze“. ⁽⁹⁵⁾

Die völkischen „Eliten“ der Thule-Gesellschaft bauten einen „Führer“ auf. Hitler war ihr „Auserwählter“. Aus seinen Kampfreden war der Begriff „Volksgemeinschaft“ nicht mehr wegzudenken. Die NSDAP nahm alle wesentlichen Elemente des Rechtsextremismus in ihr Programm auf. Der Mythos von der „Volksgemeinschaft“ erhielt programmatischen Charakter.

12. Welche Funktion erfüllt die NPD?

Angesichts des wachsenden Unmuts in der Bevölkerung über den neo-liberalen Demokratie- und Sozialabbau ist die NPD-Führung bestrebt, ihre volksfeindlichen Ziele zu verbergen - und sich als „wahre Volkspartei“ in Szene zu setzen.

Welche Funktionen erfüllt sie dabei?

1. Sie will das Kräftepotenzial der Linken, aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte durch die erforderliche Auseinandersetzung mit den Umtrieben, den provokatorischen Aufmärschen und der Unterwanderungsstrategie der NPD und ihrer Formationen schwächen. ⁽⁹⁶⁾

⁹⁴ ebenda, S. 100

⁹⁵ ebenda, S. 101 f

⁹⁶ K. Pätzold, Überholt oder aktuell, in: antifa, Mai/Juni 2007

2. Sie greift demokratische und sozialpolitische Forderungen der Linken auf und verflucht bzw. untersetzt sie mit völkisch rassistischen Mythen und Formeln, um linkes Protestpotential in ihre Scheunen zu fahren.
3. Indem sie die unselige Tradition des Rechtsextremismus fortsetzt, „Heldenverehrung“ pflegt und zugleich demagogisch plädiert, „die Vergangenheit ruhen“ zu lassen, legt sie es darauf an, vor allem junge Menschen für „kameradschaftlichen Gemeinsinn und Gemeinnutz“ zu gewinnen und zugleich faschistische Ideologie „an den Mann zu bringen“.
4. Mit ihren Aktivitäten erleichtert sie rechtskonservativen Kräften „nachzuziehen“, um damit die Rechtsentwicklung in der Gesellschaft weiter zu befördern.
5. Die NPD versteht sich als Auffangbecken für alle mit der gegenwärtigen Politik Unzufriedenen. Sie will „wachrütteln“ und spekuliert darauf, einerseits in der „größten Partei“ der Bundesrepublik, der „Partei der Nichtwähler“, auf Dummenfang zu gehen; andererseits will sie verhindern, dass Politikverdrossenheit bei Wahlentscheidungen sich nach links hin bewegt.

Auffangbecken zu sein gilt für die NPD im besonderen Maße für überkommene oder geschürte Ausländerfeindlichkeit. Insofern wird ihre mit der Ausländerfeindlichkeit verbundene soziale Demagogie, wird die Selbstdarstellung der NPD als „Interessen“- und „Volksvertreterin“, als „Bewahrerin des Deutschtums“ weiter gesteigert und intensiviert werden.

13. Warum ist ein NPD-Verbot überfällig?

Als grundlegende Schlussfolgerung aus den während des Zweiten Weltkrieges gegen die Völker verübten faschistischen Verbrechen beschlossen die Hohen Repräsentanten der Anti-Hitler-Koalition – der UdSSR, der USA und Großbritanniens - am 2. August 1945 das Potsdamer Abkommen. Als eine wesentliche Aufgabe und Verpflichtung war darin festgeschrieben: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet.“

In den politischen Grundsätzen des Abkommens wurde u.a. festgelegt: „Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; es

sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“ ⁽⁹⁷⁾

Im Artikel I des Gesetzes Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates vom 10. Oktober 1945 wurde festgelegt: „1. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, ihre Gliederungen, die ihr angeschlossenen Verbindungen und die von ihr abhängigen Organisationen, einschließlich der halb-militärischen Organisationen und aller anderen Nazieinrichtungen, die von der Partei als Werkzeuge ihrer Herrschaft geschaffen wurden, sind durch vorliegendes Gesetz abgeschafft und für ungesetzlich erklärt... 3. Die Neubildung irgendeiner der angeführten Organisationen, sei es unter dem gleichen oder unter einem anderen Namen, ist verboten.“ ⁽⁹⁸⁾

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbietet die Diskriminierung aus rassistischen, religiösen und anderen Gründen.

1973, als die BRD Mitglied der UNO wurde, hat die damalige Bundesregierung erklärt: „Das ausdrückliche Verbot von neonazistischen Organisationen und gleichfalls die Vorbeugung gegenüber neonazistischen Tendenzen folgen aus dem Grundgesetz mit der Wirkung, dass die von den alliierten und deutschen Stellen erlassene Gesetzgebung zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus weiterhin in Kraft sind.“

Das Grundgesetz der BRD nimmt Bezug auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die Gesetze des Alliierten Kontrollrates und deutsche Rechtsvorschriften. Im Artikel 139 des Grundgesetzes heißt es dann: „Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ ⁽⁹⁹⁾

14. Sind Einwände gegen ein Verbot schlüssig?

Die VVN/BdA wendet sich – wie eingangs erwähnt – mit einer Unterschriftensammlung an die Abgeordneten des Bundestages mit der Forderung, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD auf den Weg

⁹⁷ Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin am 2. September 1945 (Potsdamer Konferenz) in: Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, Sammlung von Urkunden, betr. Die Einrichtung des Alliierten Kontrollrats

⁹⁸ Gesetz Nr. 2. Auflösung und Liquidierung der Naziorganisationen. Berlin, der 10. Oktober 1945, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nummer 1, 29. Oktober 1945

⁹⁹ Grundgesetz und Zwei-plus-Vier-Vertrag, Beck-Texte, dtv, C.H. Beck, München, S. 85

zu bringen. Weit über 175.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich in die Unterschriftenlisten eingetragen.

Im Parlament dieser Bundesrepublik fand sich keine verantwortliche Institution bereit – weder der Bundestagspräsident noch der Petitionsausschuss des Bundestages – diese Unterschriftenlisten offiziell als Ausdruck des Wählerwillens entgegen zu nehmen.

Die Tatsache, dass auf den behördlichen Postweg verwiesen wurde, spricht für sich. Lediglich einige Abgeordnete der Linkspartei, die die Delegation der VVN/BdA vor dem Reichstag empfangen und die Unterschriften entgegen nahmen, haben gemäß der politischen Bedeutung dieses Anliegens gehandelt.

Mitunter stößt jedoch die Forderung nach einem NPD-Verbot selbst bei Linken auf Einwände, so wird z. B. gesagt, ein Verbot:

- baue Märtyrer auf
- führe dazu, dass die Nazis in anderen Organisationen oder unter anderem Namen weiter ihre Umtriebe verfolgte
- erschwere die Bekämpfung der Nazis im Untergrund.

Zum ersten Einwand:

In den vergangenen Jahren sind wiederholt rechtsextremistische Organisationen verboten worden. So u.a. die „Nationalistische Front“, die „Deutsche Alternative“, der „Deutsche Kameradschaftsbund“, die „Nationale Offensive“, der „Nationale Block“, die „Wiking Jugend e.V.“, die „Nationale Liste“, die „Kameradschaft Oberhavel“, der „Hamburger Sturm“ und die „Blood & Honour Division“. ⁽¹⁰⁰⁾ Märtyrer konnten infolge der Verbote nicht aufgebaut werden.

Zum zweiten Einwand:

Mit den Verboten wurden die Strukturen der jeweiligen Organisationen zerschlagen und gängige Info-Kanäle verstopft.

Die Mitglieder der verbotenen Organisationen tauchten zumeist tatsächlich in anderen Organisationen unter, hauptsächlich in den „Kameradschaften“. Absprachen zwischen früheren Gliederungen sind bedeutend erschwert worden. Die NPD ist seit längerem bemüht, die „Kameradschaften“ unter ihr Dach zu bekommen.

¹⁰⁰ Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bundesamt für Verfassungsschutz, S.5

Zum dritten Einwand:

Die Überwachung des im Untergrund operierenden Rechtsextremismus und die Kontrolle ausgesprochener Verbote ist infolge der mit der innenpolitischen Aufrüstung der Bundesrepublik geschaffenen Einrichtungen und Instrumentarien nahezu perfekt und in keiner Weise mit Kontrollmechanismen früherer Jahrzehnte zu vergleichen.

Der „gläserne Bürger“ wird zur Realität.

Der Justizminister von Rheinland-Pfalz, Herbert Mertin, hat 2005 die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einmal aufgelistet.

Hier nur einige Beispiele aus dem Katalog, den Mertin aufblätterte:

- Rasterfahndung und beobachtende Fahndung
- INPOL (Informationssystem der Polizei), NADIS (Informationssystem des Bundesamtes für Verfassungsschutz), EURODAC (System zur Erfassung der Fingerabdrücke von Asylbewerbern); Remo, LIMO und AUMO (Präventivdateien von linksorientierter, rechtsorientierter oder ausländischer politisch motivierter Gewaltkriminalität) u.a.
- Die polizeiliche Ingewahrnahme – ein Unterbindungsgewahrsam im Vorfeld der eigentlichen Straffälligkeit, bei dem die Unschuldsvermutung nicht gilt
- Maschinenlesbare Pässe und Ausweise mit „Bürgerkartenfunktion“
- Kundenkontrolle durch Banken und ihre Anzeigepflicht beim Verdacht auf Geldwäsche
- Entsprechende Anzeigepflicht auch der Anwälte zu Lasten eines verdächtigen Mandanten
- Ausgedehnte Telefonkontrolle
- Speicherung von Tätern in der DNA-Kartei
- Schleierfahndung, also Kontrolle ohne äußeren Anlass. ⁽¹⁰¹⁾

Es gibt genügend Möglichkeiten, ein Verbot der NPD lückenlos zu kontrollieren.

Natürlich braucht der Kampf gegen Rechtsextremismus, gegen die heutigen Erscheinungsformen des Faschismus eine kontinuierliche, intensive und langfristige ideologische und politische Auseinandersetzung – ob nun diese reaktionären Kräfte legal oder im Untergrund wirken.

¹⁰¹ H. Martin, Abbau von Freiheitsrechten..., Berliner Wissenschaftsverlag GmbH, Berlin 2005, Heft 3, S. 148 ff

Diese Auseinandersetzung verlangt, die Verbrechen des Faschismus gegen die Menschlichkeit und die verbrecherischen Umtriebe des Neofaschismus systematisch offen zu legen.

Das vorliegende Material soll diese Auseinandersetzung unterstützen. Die rechtsextremistischen Demagogen, die sich als „gemeinnützige Helfer und Interessenvertreter“ bei vielfältigen Alltagsproblemen der Bürger anbieten, sollen veranlasst werden, Farbe zu bekennen: Zu dem von der NPD vertretenen Antisemitismus und Nationalismus, zur Ausländerfeindlichkeit, zur verfolgten Rückkehr zum Reich und in die Reichskanzlei, zur „Volksgemeinschaft“, zur Verehrung der Nazi- und Kriegsverbrecher – kurz gefasst – zur Rückkehr in die faschistische Barbarei.

Ein Verbot der NPD bedeutete, dass ihr die vielfältigen Möglichkeiten der legalen Verbreitung von Zeitungen, Flugblättern, „Infoschriften“, Büchern, CD's, Pamphleten der verschiedensten Art genommen würden.

Nicht zuletzt: Der NPD stünden nicht mehr die umfangreichen Millionenbeträge aus Steuermitteln zur Verfügung, Mittel, die sie als legale Partei laut Parteiengesetz erhält.

Ein Verbotsurteil gegen die NPD verbesserte die politischen und juristischen Voraussetzungen für die Auseinandersetzung mit dem Faschismus, für gesellschaftliche Aufklärung.

15. Der NPD den Nährboden entziehen

Ein erfolgreicher Kampf gegen die NPD, gegen den Rechtsextremismus verlangt ein klares antikapitalistisches Programm.

Die ständige Umverteilung von unten nach oben, die wachsende Zahl von Reichen einerseits und von Armen andererseits, der Abriss der solidarischen Sicherheitssysteme, die laufende Erhöhung von Preisen und Tarifen, die Massenarbeitslosigkeit, die zunehmende Armut von Kindern, Erwerbslosen und Alten – all dies schafft eine Treibhausatmosphäre für Rechtsextremismus im allgemeinen und die NPD im besonderen. Das gilt ebenso für die Einschränkung demokratischer Rechte der Bürger.

Das gilt nicht zuletzt für die Vernachlässigung kommunaler Probleme und für die Streichung von Mitteln für kulturelle und bildungspolitische Zwecke. Weil die Mittel, die für Steuergeschenke an die Konzerne und für Bundeswehr-Auslandseinsätze verausgabt worden sind und weiter werden, fehlen.

Die negativen Auswirkungen neoliberaler Politik sind gefundene Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Demagogie, Irreführung der Bürger und Unterwanderung lokaler gesellschaftlicher Strukturen. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus schließt den Kampf für die Verteidigung sozialer und politischer Rechte, für soziale Gerechtigkeit, für wahrhafte soziale Reformen, für gleiche Lebensbedingungen sowie für Rentengerechtigkeit und gleiche Löhne auch in Ostdeutschland, für inneren Frieden, im Grunde für die Verteidigung des Grundgesetzes ein.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erfordert von der Linken wie von allen demokratischen Kräften weiterhin konsequent für die Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen, für die friedliche Lösung internationaler Konflikte, für die Rückbeorderung aller Bundeswehreinheiten von Auslandseinsätzen und die Reduzierung der Rüstungsausgaben zu wirken.

Notwendig ist schließlich das Eintreten für ernste Schritte und nachhaltige Maßnahmen für den Klimaschutz.

Auf der Tagesordnung der demokratischen Kräfte bleibt die immer wieder erhobene Forderung nach einem Politikwandel.

Darüber hinaus stellt sich mit der unaufhörlichen gravierenden Verletzung grundlegender Prinzipien des Grundgesetzes durch Großunternehmen und Großbanken das Aufwerfen der Systemfrage und die Forderung nach Systemveränderung (Lafontaine).

Das Grundgesetz verpflichtet Besitz und Gebrauch von Eigentum, „dem Wohl der Allgemeinheit (zu) dienen“. (Artikel 14, Abs. 2) Die Missachtung und Verletzung dieses Grundgesetzartikels erfolgt täglich durch den entfesselten Kapitalismus. Für diesen Fall bietet das Grundgesetz die Option „der Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln“. (Artikel 15)

Der Kampf, die Möglichkeit der Systemveränderung über diesen, vom Grundgesetz umrissenen Weg zur Wirklichkeit werden zu lassen, verlangt einen langen Atem. Er sollte jedoch endlich begonnen werden.*

* V. i. S. d. P. Helga Hörning, Arbeitskreis Frieden der GBM